

**Beginn: 10:02 Uhr**

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich heiße Sie zu unserer heutigen, der 10. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen herzlich willkommen. Mein Gruß gilt auch unseren Gästen auf der Zuschauertribüne, die heute Morgen gut besetzt ist, noch besser als der Plenarsaal.

(Allgemeine Heiterkeit)

Schön, dass Sie alle gekommen sind.

(Allgemeiner Beifall)

Aber der Plenarsaal wird sich auch gleich fllen. Wir müssen die Abgeordneten noch ein bisschen erziehen, damit sie pünktlich kommen. Ich kann das für die Schülerinnen und Schüler mal kurz erläutern: Es ist in etwa vergleichbar mit einer Schule; da muss man auch pünktlich zum Unterricht erscheinen. Eigentlich müssten die Abgeordneten auch pünktlich zum Beginn der Plenarsitzung da sein. Daran arbeiten wir noch, wie Sie sehen. – Also: Ich heiße Sie alle sehr herzlich willkommen und begrüße neben den Gästen auf der Zuschauertribüne auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich **vier Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Wir treten nunmehr in die Beratung der heutigen **Tagesordnung** ein. Ich rufe auf:

**1 Schüler, Lehrer und Eltern erwarten Kontinuität und Verlässlichkeit – Für einen klaren Kurs bei G8 / G9**

Aktuelle Stunde  
auf Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/239

Die Fraktion der CDU hat mit Schreiben vom 27. September 2010 gemäß § 90 Abs. 2 der Geschäftsordnung zu dem oben genannten aktuellen Thema der Landespolitik eine Aussprache beantragt.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner vonseiten der antragstellenden CDU-Fraktion dem Abgeordneten Herrn Kaiser das Wort.

(Beifall von der CDU)

**Klaus Kaiser (CDU):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Löhrmann, mit Ihren Vorstellungen zur Entscheidung zwischen G8 und G9 beginnen Sie eine vollkommen unnütze Diskussion. Sie helfen unseren Gymnasien nicht, Sie bringen im Gegenteil Unruhe

und Unsicherheit an jedes Gymnasium. Die größte Unsicherheit bringen Sie ein, wenn Sie diese Strukturentscheidung unter fadenscheinigen Begründungen als Schulversuch nach § 25 Schulgesetz regeln wollen. Ihre Vorgehensweise ist eine grobe Missachtung der Rechte dieses Parlaments.

(Beifall von der CDU)

Denn bekanntlich haben Sie in Ihrem Schulgesetz von 2004 G8 gesetzlich festgelegt. Wenn Sie dies wieder ändern wollen, dann geht das nach unserem Demokratieverständnis nur über eine Gesetzesänderung.

(Beifall von Bernhard Recker [CDU])

Nicht nur wir von der Opposition prüfen, ob wir dagegen klagen.

Frau Löhrmann, Sie sprechen in fast jeder Ihrer wohlfeilen Reden davon, Betroffene zu Beteiligten zu machen. Bei dem von Ihnen vorgestellten Konzept zur Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 an den Gymnasien sind die anzuhörenden Verbände und Gremien weder formell noch informell beteiligt worden. Das ist schlichtweg ein Skandal.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Wer auf die Beteiligung der betroffenen Lehrer- und Elternverbnde oder auch der kommunalen Spitzenverbände verzichtet, betreibt eine Politik von oben herab und keinesfalls eine der Einladungen. Ein genauer Blick auf Ihre Eckpunkte lässt einen erschrecken, und man gewinnt den Eindruck, hier solle die emotionalisierte Wahlkampfdebatte um G8 und Ihr Kampfbegriff des Turboabiturs wieder aufgewärmt werden.

Daher stelle ich für die CDU klar fest: Dafür stehen wir nicht zur Verfügung. Wir halten es für untragbar, wenn lediglich aus Postwahlkampfgrnden eine solche Unruhe an alle Gymnasien des Landes getragen wird. Der genauere Blick macht deutlich, dass das Gymnasium für Sie keine geliebte Schulform ist. Der Text legt manchmal den Verdacht nahe, dass hier eine Schulform sturmreif geschossen werden soll, um diese hinterher besser in das von Ihnen geplante Einheitsschulsystem zu pressen.

(Beifall von der CDU – Widerspruch von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich nenne einige Beispiele:

Es ist ein unverschmtes Angebot an die Gymnasien, wenn Sie hier einen Schulversuch starten, in den man 2011 einsteigen, aber bis zum Jahre 2024 niemals wieder aussteigen kann. Das verdeutlicht, dass es hier nicht um etwas Neues, sondern um ein Zurück zum Alten geht, und dass es sich nicht um einen Schulversuch handelt. Zynisch ist es dann, Frau Löhrmann, dass Sie als Sahnehäubchen die 10er-Abschlussprüfung am Gymnasium wieder einführen.

Es ist weiterhin unverschämt gegenüber den Gymnasien, dass dort bis zum Jahre 2024 die Klassenfrequenzwerte auf 28 festgeschrieben bleiben. Das heißt: keine kleineren Klassen, keine Aussage zur Lehrerversorgung, keine Hinweise auf die demografische Entwicklung, keinerlei Hinweis auf Qualitätsentwicklung – mit anderen Worten: keinerlei Besserstellung, keinerlei Anreiz. Das ist deshalb zynisch, weil Sie wenige Tage vorher bei der Vorstellung Ihres Konzepts der Einheitsschule, der sogenannten Gemeinschaftsschule, einen ganzen Sack voller Privilegien ausgeschüttet haben: kleinere Klassen, bessere Lehrerversorgung, Arbeitszeitverkürzung, bessere Besoldung. Spätestens damit weiß jeder Gymnasiallehrer, was diese Landesregierung von ihm hält.

(Beifall von der CDU)

Glaubhaft wird mir erzählt, dass das Verlesen der Eckpunkte zu G8 zu lautem Gelächter in Lehrerkollegien von Gymnasien geführt hat.

Es ist weiterhin eine Unverschämtheit, wenn Sie den Gymnasien eine Entscheidungszeit von zehn Wochen lassen – zwei Wochen Ferien nicht abgerechnet –, um eine Entscheidung zu treffen, die mindestens 13 Jahre unverrückbar und nicht korrigierbar ist. Zynisch wird das dadurch, dass Sie selbst für das Ministerium zwei Jahre beanspruchen, um die Curricula für die Klassen 7 bis 10 anzupassen, ganz zu schweigen von den Schulträgern, die innerhalb von 14 Tagen entscheiden sollen, ob sie einen Antrag stellen. Im Zweifel haben sie 14 Tage Zeit, darüber nachzudenken, ob sie mit ihren in Zeiten großer finanzieller Anspannung gebauten Mensen millionenschwere Investitionsruinen gebaut haben, weil diese dann nicht mehr erforderlich sind.

Frau Löhrmann, ich fordere Sie auf: Sammeln Sie Ihre Pläne für die G8/G9-Entscheidung wieder ein! Aus Ihrem Reformentwurf wird nur deutlich, dass die Ministerin keinerlei Wertschätzung für die Schulform Gymnasium hat.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Sonst hätten Sie ein solches Papier gar nicht erst vorgelegt. Ersparen Sie unseren Gymnasien Wochen der großen Diskussion, und tun Sie das, was von einem Gesetzgeber verlangt wird. Geben Sie den Betroffenen Sicherheit durch eine klare Regelung für G8. Verhindern Sie einen schulpolitischen Flickenteppich. Verhindern Sie millionenschwere Fehlinvestitionen. Geben Sie Lehrerinnen und Lehrern Sicherheit in der Schulentwicklung. Sorgen Sie dafür, dass die Schülerinnen und Schüler unserer Gymnasien Klarheit haben.

Wir werden Sie dabei voll unterstützen. Sie erhalten jede Hilfe, um alle Unzulänglichkeiten bei der Umstellung auf G8 weiter abzubauen und Sicherheit zu geben. Lassen Sie uns gut für den doppelten Abitur-

jahrgang sorgen. Dessen Probleme haben Sie in der Opposition täglich angesprochen.

(Sören Link [SPD]: Die haben Sie verursacht!)

Seit Ihrer Regierungsübernahme herrscht dort Funkstille.

(Beifall von der CDU)

Lassen Sie uns die Fortbildungsoffensive an den Gymnasien gemeinsam weiterentwickeln. Lassen Sie uns verbindlich einen Ganztagsausbauplan für die Gymnasien vereinbaren, der allen Gymnasien, die das wollen, den Weg zum gebundenen Ganztags eröffnet. Lassen Sie uns verbindlich Standards und einen Zeitplan für die Verkleinerung der Klassen an den Gymnasien vereinbaren. Lassen Sie uns verbindlich die Existenz der selbstständigen Schulform Gymnasium garantieren. Nehmen Sie den Gymnasien die Unsicherheit dadurch, dass Sie auf die Zielsetzung eines integrativen Schulsystems, nämlich auf die Einheitsschule, verzichten.

Fair gegenüber allen Beteiligten wäre es gewesen, alles zu tun, um das achtjährige Gymnasium zu optimieren. Stattdessen haben Sie in jedes Gymnasium Unruhe getragen.

(Renate Hendricks [SPD]: Das waren Sie!)

Frau Löhrmann, Sie propagieren immer die alte Weisheit der Bertelsmann Stiftung, Betroffene zu Beteiligten zu machen. Sie haben bei G8/G9 das genaue Gegenteil getan: Sie haben Beteiligte zu Betroffenen gemacht.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Zu Entscheidern!)

So gelingt keine gute Schulpolitik.

(Beifall von der CDU)

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Herr Weiß das Wort.

**Rüdiger Weiß** (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zickzackkurs, Unruhe, Chaos, sturmreif Schießen, schulpolitischer Flickenteppich – das sind Begriffe, die auf das Vorhaben der neuen Landesregierung gemünzt sind, rasch das umzusetzen, was man sich verlässlich vorgenommen hat, nämlich den Schulen eine Wahlmöglichkeit für ihren Bildungsgang zu eröffnen. Diese Begriffe springen einen förmlich an, wenn man das Papier der CDU zu dieser Aktuellen Stunde sieht bzw. sich den Beitrag meines Vorredners angehört hat.

Von Chaos zu reden, wenn den Schulen einmalig die Möglichkeit gegeben wird, mehr Raum für das Lernen und Fördern zu schaffen, ist absolut unangemessen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Chaos und Unruhe sind doch vielmehr ausgebrochen, als die ehemalige Landesregierung G8 ohne pädagogische Unterfütterung und Vorbereitung eingeführt hat,

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

beispielsweise bei der sinnlosen Streichung von Lerninhalten. Chaotisch ist es doch wohl auch, Kinder sowie Pädagoginnen und Pädagogen in einen Schulalltag zu schicken, auf den wirklich keiner der Beteiligten auch nur ansatzweise vorbereitet war. Die Ausweitung des Schultags ohne die Schaffung von Ganztageeinrichtungen ist stellvertretend für viele andere Probleme zu nennen.

Es ist peinlich, wenn diejenigen, die einen schulpolitischen Scherbenhaufen hinterlassen haben – die abgewählte schwarz-gelbe Landesregierung –, jetzt diejenigen unfair angehen, die dabei sind, den Scherbenhaufen zusammenzukehren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wir verstehen das, was jetzt auf den Weg gebracht wird, als das, was es wirklich ist: ein Angebot, um die Unzufriedenheit auszuräumen, die an vielen Schulen herrscht, um den Leidensdruck von Schulen, Eltern, Pädagoginnen und Pädagogen sowie Schülerinnen und Schülern zu nehmen, die unter dem unausgegorenen G8 leiden.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Es soll eine Chance für all diejenigen sein, die mehr Kindern die Möglichkeit geben wollen, das Abitur vernünftig zu schaffen, und zwar mit weniger Stress, mehr Förderung und – das gebe ich gerne zu – mehr Freizeit, die man allerdings auch braucht, um wieder Leistung bringen zu können.

Verlässlichkeit wollen wir natürlich auch. Wir haben im Wahlkampf laut und vernehmlich versprochen, diese Wahlmöglichkeit für die betroffenen Schulen zu schaffen. Es war nicht zuletzt dieses Versprechen, das die Wählerinnen und Wähler bewegt hat, Schwarz-Geld so deutlich aus der Regierungsverantwortung abzuwählen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Was die CDU in der Aktuellen Stunde anspricht, spiegelt nur den Teil der Wahrheit wider, den man sich gern zu eigen macht, wenn man die Wahrheit nur partiell anspricht. Völlig negiert wird nämlich die tiefe Unzufriedenheit bei der Umsetzung von G8, die durch unser ganzes Land geht: von Flensburg bis Garmisch-Partenkirchen.

(Norbert Post [CDU]: Quatsch!)

In Rheinland-Pfalz beispielsweise sind von 146 Gymnasien 133 G9-Schulen. In Baden-Württemberg fordert Ende Februar 2010 der – man höre und staune – dortige Philologenverband, der wohl nicht im Ruf steht, den Sozialdemokraten oder den Grü-

nen besonders nahe zu stehen, das 13. Schuljahr. In Brandenburg mehren sich vernehmlich die Stimmen der Lehrerinnen und Lehrer, die G8 infrage stellen. In Niedersachsen ist die erforderliche Zahl an Unterschriften zur Erwirkung eines Volksentscheids pro G9 lange überschritten. In Bayern demonstrieren Tausende für G9. Laut einer Umfrage des Allensbach-Instituts vom März 2010 wollen etwa 71 % der Befragten G9 zurück.

Es sind schon ganz kolossale Nebelkerzen, die Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, werfen, wenn Sie davon reden, ob dieses Schulversuchs breche an den Schulen Chaos aus. Chaos soll ausbrechen, wenn eine Lehrerkonferenz und eine Schulkonferenz entscheiden, den Weg zu G9 zu gehen oder bei G8 zu bleiben? Mehr muss eine Schule zunächst nämlich gar nicht tun.

Bis Mitte Dezember muss der Antrag des Schulträgers bei der Bezirksregierung liegen. Die Genehmigung durch das Ministerium erfolgt bis Januar 2011. Parallel dazu wird ein Beirat gebildet. Anfang des Jahres 2011 erfolgt eine Beauftragung der wissenschaftlichen Begleitung. Die Entwicklung einer APO für G9 ist bis Ostern geplant.

Das alles ist machbar und leistbar. Besonders Schulen, die dem Druck ausweichen und die Option nutzen wollen, werden das innerhalb der Fristen auf den Weg bringen. Man sollte den Schulen schon zubilligen, dass sie wissen und entscheiden können, ob sie dieses Vorhaben personell und pädagogisch stemmen können. Wir unterbreiten ein Angebot – nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Dieser Schulversuch dient eben auch dazu, herauszufinden, ob der Schulerfolg bei G9 größer ist als bei G8. Das Ganze wird wissenschaftlich begleitet. Das heißt, es wird evaluierbar sein. Das ist alles ganz seriös und ganz unaufgeregt unter Hinzuziehung eines Beirats, angesiedelt beim Schulministerium.

Meine Damen und Herren von der CDU, Sie kommen mir in diesem Zusammenhang vor wie jemand, der in ein Schuhgeschäft geht und aus dem Regal die Latschen G8 herauszieht, die er seit fünf Jahren trägt. Auf den zarten Hinweis des Verkäufers hin, dass sie an der einen oder anderen Stelle drückten oder zu eng seien, es aber ein Modell mit der gleichen Sohle, dem gleichen Muster und dem gleichen Obermaterial gebe, das G9 heiße, das man mal anziehen können, wird barsch verwiesen: Lassen Sie mal gut sein. Ich bin für Kontinuität. Ich zieh diese Dinger an.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Dann sagen Sie demjenigen, der Ihnen den Rat gibt, auch noch: Verbreiten Sie bitte kein Chaos, wenn ich zu Ihnen komme.

(Heiterkeit von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, etwas mehr Entspannung im Umgang mit dem Thema wäre durchaus angemessen. Rufen Sie mit solchen Schlagworten wie Chaos, Flickenteppich und Unruhe nicht immer wieder die Geister, die bei Ihnen selbst noch quicklebendig herumspuken. So werden Sie die übrigens auch nicht los. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Weiß. Das gerade war Ihre Jungfernrede.

Ein kurzer Hinweis an die heute besonders zahlreich anwesenden Schülerinnen und Schüler auf der Besuchertribüne: Das ist so, um einen Vergleich herzustellen, als wenn Sie sich das erste Mal in der Klasse gemeldet hätten. So hat der Abgeordnete Weiß heute seine erste Rede als neuer Abgeordneter im Landtag von Nordrhein-Westfalen gehalten.

(Allgemeiner Beifall)

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat die Abgeordnete Frau Beer das Wort.

**Sigrid Beer (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Schülerinnen und Schüler! Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn man den Antragstext für diese Aktuelle Stunde liest, könnte man meinen, die von Schwarz-Gelb zu verantwortende Zwangsschulzeitverkürzung in der Sekundarstufe I sei eine Harmonieveranstaltung gewesen, auf die Eltern, Lehrer, Schulen und Schulträger geradezu gewartet hätten. Dabei haben Sie einen tiefen strukturellen Eingriff in die Schullandschaft von NRW vorgenommen, der einen großen Keil in die Schullandschaft getrieben hat.

Das ist Ihr Vermächtnis, das Sie uns hinterlassen haben: Das Gymnasium ist in der Sekundarstufe I von den anderen Schulformen abgekoppelt. Sie haben alle Gymnasien mit Ganztags ohne Ganztagsausstattung durch die Hintertür „beglückt“. Den Schulträgern haben Sie die Anforderungen einer zu schaffenden Infrastruktur wie Mensa und Mittagsverpflegung einfach vor die Rathäuser gekippt. Nur aufgrund der Proteste von Eltern und Schulen haben Sie dann ein Ganztagsprogramm nachgeschossen.

Die Lehrpläne kamen zwei Jahre nach dem Start. Bis dahin haben Sie Schulen mit dem Hauscurriculum alleine gelassen. Eltern mussten erleben, dass ihre Kinder Schlafstörungen entwickeln, in der Nacht mit den Zähnen knirschen, Kopf- und Bauchschmerzen vor und in der Schule sowie eine diffuse Schulangst haben.

(Ralf Witzel [FDP]: Oh!)

– Herr Witzel bestreitet das heute noch. Sie haben nichts gelernt, auch nicht durch die Abwahl im Mai dieses Jahres.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Es reicht offensichtlich noch nicht. Ihnen muss offensichtlich noch eine Quittung hinterhergeschossen werden.

Nicht alle Kinder halten dem Druck durch das Turboabitur Stand. 34 Stunden für Elfjährige in der Woche plus Hausaufgaben sind die Regel und nicht die Ausnahme. Jeder Betriebsrat ginge deswegen auf die Barrikaden. Aber der damalige selbst ernannte Arbeiterführer hat ein solches Programm allen Kindern zwangsverordnet.

Das alles wäre mit dem rot-grünen Schulmodell eben nicht passiert, Herr Löttgen. Wir haben eine Schulzeitverkürzung beschlossen, aber den Weg der individuellen Option vorgeschlagen. Sie haben das leider umgekehrt. Das muss man immer wieder in Erinnerung rufen.

Ich rufe Ihnen deshalb zu: Auf in den Blaumann, Herr Laumann, anstatt solche Antragstexte wie für diese Aktuelle Stunde zu fabrizieren. Seien Sie doch so aufrichtig, Ihre Verantwortung einzugestehen. Sie sollten den Anstand haben, mitzuhelfen, das Porzellan zusammenzukehren und zu kitteln, das Sie zerschlagen haben, als CDU und FDP wie ein Elefant im Porzellanladen durch das Gymnasium gepflügt sind.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Ich muss hier wirklich einmal mein weißes Haupt schütteln. Die Kleinen Anfragen, die gerade die Kollegen aus der CDU-Fraktion jetzt zur Praxis im G8 vorlegen, ob es Benachteiligungen in der Oberstufe gebe, und die Anträge zu den Schülerfahrtkosten zeigen doch, dass Sie entweder in engelsgleicher Naivität nichts gemerkt haben oder dass Sie einfach, nüchtern gesagt, nicht überblickt haben, was Sie da getan haben, oder – und das wäre sehr uncharmant – dass Sie bewusst beiseite geschoben haben, was Sie dort angerichtet haben. Machen Sie uns heute also bitte nicht noch einmal die drei schwarzen Affen: nichts gehört, nichts gesehen und immer noch nichts wissen wollen.

Ihr Ex-Koalitionspartner in der Koalition der Ernüchterung, die FDP, hat sich dann auch irgendwann vom Acker zu machen versucht und sich zur Pseudomahnerin aufgeschwungen, als wäre sie nicht der Hauptantreiber bei diesem Turboquark gewesen.

(Ralf Witzel [FDP]: Was?)

Es ist schon interessant, nach Schleswig-Holstein zu schauen. Dort hat die FDP die Proteste der Eltern und Schülerinnen wahrgenommen und will sogar eine G8- und G9-Reform. Sie produzieren dort aber die gleichen Fehler, wie Sie sie hier unter

Schwarz-Gelb in NRW gemacht haben: handwerklich schlecht; die Lehrpläne werden nicht vorbereitet. Was Sie da verzapfen, ist wieder das Gleiche: Schulen bleiben ohne Unterstützung; Lehrpläne werden nicht nachgeliefert. Deswegen sollte sich Herr Kubicki auch unterstehen, die aktuelle nordrhein-westfälische Schulpolitik mit dem zu vergleichen, was Schwarz-Gelb dort oben verzapft.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Es ist für Schulen – das ist auch eine der Lehren – grundsätzlich besser, wenn die FDP ihre Finger nicht darin hat und nichts zu kamellen hat.

Den Schulen in NRW werden wir jetzt noch einmal die Option eröffnen, das G9 anzubieten. Das haben wir vor der Wahl versprochen und tun wir auch so. Wir wollen die Gymnasien aber eben auch nicht lange Zeit in einer ungewissen Situation und offenen Diskussion ohne klare Entscheidung lassen. Das würde einerseits die Option für G8 nicht befördern, weil der G8-Durchlauf weiter fortgeschritten wäre, und andererseits auch noch dazu führen, dass diese Diskussion die notwendigen Optimierungsanstrengungen überlagern und schwächen würde.

Es gibt in Nordrhein-Westfalen klare Patente in der Schulpolitik. Sie waren für das Chaos verantwortlich, und Frau Löhrmann ist dabei, die Scherben zusammenzukehren, die Sie hinterlassen haben.

(Ralf Witzel [FDP]: Das glauben Sie doch selber nicht! – Gegenruf von Heike Gebhard [SPD]: Was denn sonst?)

Dabei gibt es zwei Handlungsstränge. Zum einen ist das die G9-Option. Sie ist in der Tat damit verbunden, dass noch einmal wissenschaftlich hingeschaut wird, wie mit G9 mehr Bildungsaufstieg möglich gemacht werden kann. Genau das ist unser Anliegen. Über diesen Schulversuch geht das sofort ohne Zeitverzug.

Zum anderen muss es gleichzeitig mehr Anstrengungen für eine weitere wirksame Entlastung aller Schülerinnen geben, die bereits im G8 stecken: intelligent mit der Stundentafel umgehen; die Lehrpläne noch einmal durchforsten; Schulen bei der Unterrichtsentwicklung hin zum konsequenten kompetenzorientierten Unterricht unterstützen; dafür sorgen, dass Schulaufgaben dort bleiben, wo sie hingehören, nämlich in der Schule,

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

und nicht zu Hausaufgaben werden, sodass die Eltern zu den Nachhilfelehrern der Nation gemacht werden; mehr Ganztage mit flexiblen Einstiegen. All das muss angepackt werden.

Wir haben Verständnis dafür, wenn Eltern, Schülerinnen und Lehrkräfte gemeinsam sagen: Wir haben uns bisher durch G8 durchgekämpft; wir wollen das weiter optimieren; helft uns dabei. – Der Respekt vor der Arbeit und den Bemühungen der Schulen

verbietet es, die nächste Zwangsmaßnahme auszurufen und alle Schulen wieder zwangsweise zurück zu G9 zu verpflichten.

Weil es um die Schülerinnen geht, unterstützen wir die Schulen, die die G9-Option ergreifen, und die Schulen, die beim G8 bleiben wollen. Dazu gehört auch – gerade weil wir verpflichtende Standards haben –, mehr Flexibilität mit den KMK-Regelungen für das G8 zu schaffen. Ich bin sicher, dass Frau Löhrmann dort auch sehr gewinnbringend aktiv werden wird.

Ich habe großes Verständnis für die Eltern, die sich jetzt vor Ort für das G9 engagieren, und für die Schulen, die sagen, das sei ein enges Zeitfenster. Ja, es ist eng; da beißt die Maus keinen Faden ab. Aber ich sage Ihnen auch aus meiner Erfahrung aus der Elternarbeit heraus: Es ist realistischer, sich in einem konzentrierten Prozess für das Anliegen zu engagieren, als auf einer langen Strecke zermürbt zu werden.

Die Gymnasien sind gut beraten, das ernst zu nehmen, was die Vorsitzende des Landeselternrats, Frau Custodis, anlässlich der Bildungskonferenz formuliert hat: Es könne doch nicht angehen, dass eine zufällig zusammengesetzte Schulkonferenz über die Zukunft einer Schule entscheiden dürfte.

Das muss man auch im Hinblick auf die Gemeinschaftsschuldiskussion zur Kenntnis nehmen. Alle Schülerinnen und Eltern – nicht nur die in der Schule, sondern auch potenzielle Schülerinnen und Eltern – sollten in den Meinungsbildungsprozess vor Ort einbezogen werden.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Frau Abgeordnete. – Für die FDP-Fraktion hat Frau Abgeordnete Pieper-von Heiden das Wort.

**Ingrid Pieper-von Heiden (FDP):** Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen! Die Gymnasien in Nordrhein-Westfalen haben gerade eine schwierige Phase der Umstellung auf G8 überwunden. Jetzt trägt Rot-Grün erneut Unruhe in die Schulen und verunsichert damit Schüler, Eltern und Lehrer.

Zur Erinnerung: Die SPD und die Grünen haben 2005 selber den verkürzten gymnasialen Bildungsgang beschlossen. Kaum war G8 eingeführt, nörgelten sie fünf Jahre kontinuierlich daran herum,

(Jochen Ott [SPD]: Das ist falsch!)

ohne konstruktive Verbesserungsvorschläge einzubringen. Im Wahlkampf kündigten SPD und Grüne dann eine Wahlmöglichkeit für alle Gymnasien an. Nach der Wahl hieß es plötzlich, G8 und G9 könnten auch parallel an einer Schule angeboten werden. Am 21. September verschickte das Schulministerium schließlich per SchulMail eine neue Versi-

on. Da G8 im Schulgesetz stehe, könne man nur für maximal 10 % der Gymnasien einen Schulversuch mit einem Wechsel zu G9 durchführen.

Die Wahrheit ist doch: Rot-Grün will wie bei den Gemeinschaftsschulen eine Entscheidung von erheblicher Tragweite und mit großem Chaospotenzial wiederum als Schulversuch am Parlament vorbeischummeln.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Dabei schlägt der Minderheitsregierung aus den Gymnasien und von den Verbänden überwiegend Ablehnung entgegen. Bislang ist kaum ein Gymnasium bereit, dieses Durcheinander umzusetzen. In den Zeitungen kritisieren tagtäglich Schulleiter aus ganz Nordrhein-Westfalen die realitätsfernen Pläne. Es ist richtig, dass sich die Schulen dagegen wehren.

Der Vorsitzende des Philologen-Verbandes, Peter Silbernagel, bezeichnet das Vorgehen als lächerlich. Udo Beckmann, Vorsitzender des VBE, erklärt, dass man nicht alle Veränderungen mit Schulversuchen begründen könne. Er ist nun wahrlich nicht verdächtig, kein Freund von SPD und Grünen zu sein. – Das sind noch die freundlicheren Töne, mit denen die Pläne der grünen Schulministerin Löhrmann belegt werden.

Ein Schulleiter aus Herzogenrath nennt die Pläne verhängnisvoll. Aus Vossenack schallt es schlicht, so etwas sei eine Zumutung. Aus Krefeld heißt es, ein Rückzug zum alten System sei nicht tragfähig. In Bottrop lässt sich ein Schulleiter mit den Worten zitieren, das Ganze löse Irritationen und Verunsicherung aus. Na, hören Sie mal! Dieses Tohuwaboju hat mit einer konsistenten Schulpolitik überhaupt nichts zu tun.

(Beifall von der FDP – Zuruf von der SPD)

Rot-Grün chaotisiert die Gymnasien.

(Zurufe von der SPD)

Die FDP hat frühzeitig vorausgesagt, dass es massive Unruhe in die Gymnasien tragen wird, wenn Sie so etwas machen.

FDP und CDU haben die Schulzeitverkürzung umgesetzt, damit die Jugendlichen die Chance haben, ein Jahr früher zu studieren, eine Ausbildung zu beginnen, Auslandserfahrungen zu sammeln oder auch ein soziales Jahr zu absolvieren.

(Zuruf von Sören Link [SPD])

Niemand bestreitet, dass die Umsetzung wie in allen anderen Bundesländern zunächst problematisch verlaufen ist. Aber Nordrhein-Westfalen ist doch nicht das einzige Land mit G8 und auch nicht das erste!

Dass SPD und Grüne damals die Umstellung beschlossen, aber keine Vorbereitungen hinterlassen

haben, hat das Ganze wahrlich nicht vereinfacht. FDP und CDU haben gehandelt. Die Lehrpläne wurden verschlankt,

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Wann denn?)

der Pflichtlernstoff in den Lehrbüchern markiert. Wir haben das bisher ehrgeizigste Ganztagsausbauprogramm umgesetzt. Aber die FDP hat auch immer deutlich gemacht, dass wir weitere Veränderungen brauchen. Der Ganztagsausbau an den Gymnasien muss weiter gehen. Das ist ein Auftrag an Sie. Die Lehrpläne müssen noch weiter entschlackt werden. Wir müssen die Ergänzungsstunden vor allen Dingen für die individuelle Förderung und fachliche Aufgabenbetreuung nutzen – so wie die FDP das in ihrem eigenen Konzept vorgeschlagen hat.

Um es gleich vorwegzunehmen: Das ist KMK-konform. Die Gymnasien in unserem Land brauchen aber keine Kehrtwende. Die erfolgreiche Arbeit der vergangenen Jahre an den Gymnasien darf nicht umsonst gewesen sein. Sie muss respektiert werden.

Bei näherer Betrachtung entzaubern die Pläne der Minderheitsregierung die eigenen Versprechen und werfen auch zahlreiche Fragen auf. Maximal 10 % der Gymnasien haben laut Planung des Schulministeriums die Wahlmöglichkeit. Damit bricht Rot-Grün ganz klar ein Wahlversprechen, was aber objektiv und auch in den Augen der Gymnasien eher eine Drohung war als ein Versprechen.

Bei der vermeintlichen Rückkehr zu G9 wird die Wochenstundenzahl von 179 auf 188 erhöht und liegt damit deutlich höher als im alten G9. Die Entscheidung für G8 oder G9 soll rechtzeitig zum Anmeldetermin für das Schuljahr 2011/2012 erfolgen. Bei vier Zügen können es jeweils zwei G8- und zwei G9-Züge sein.

Woher sollen die Schulen vor der Anmeldung wissen, wie sich die Eltern entscheiden? Was haben Sie sich überhaupt dabei gedacht? Wie soll das denn organisatorisch ablaufen? Der Schulversuch dauert bis 2023/24. Trotz eines derart massiven Eingriffs wollen SPD und Grüne nicht einmal das Parlament befragen. Das ist der größte Hohn.

Die Vorgaben der Ministerin lösen viel mehr Probleme aus, als sie lösen könnten. Wie lautet die Antwort der Ministerin zur Raumsituation und zum Ganztagsumbau? Was passiert mit den Sitzenbleibern? Wie lösen SPD und Grüne die Frage der Lehrpläne und Schulbücher? Woher kommen die Lehrerstellen? Wie soll die Finanzierung erfolgen? Ja. Warum bekommen die Gymnasien eigentlich nicht wie die Gemeinschaftsschulen als Versuchszuschlag eine halbe Lehrerstelle pro Schule? Die Minderheitsregierung gibt auf die drängenden Fragen keine Antworten.

Die Gymnasien sollten sich hüten, in die G9-Falle zu tappen. Rot-Grün will einen Keil zwischen die Gymnasien treiben. Es sollen Gymnasien erster und zweiter Klasse entstehen. Der gymnasiale Bildungsweg soll zersplittert werden. Ein Wohnortwechsel wird schwieriger. Gymnasien, die zu G9 zurückkehren, können leichter in Gemeinschaftsschulen umgewandelt werden.

(Heike Gebhard [SPD]: Davor haben Sie Angst!)

Es ist ein zentraler Bestandteil des vergifteten Angebots der rot-grünen Minderheitsregierung, Unruhe zu schüren und die Gymnasien von innen zu zermürben.

An Berufskollegs und Gesamtschulen kann man das Abitur regulär nach 13 Schuljahren ablegen. Das ist G9. An den Gymnasien sollte es bei zwölf Jahren bleiben. Das ist G8.

Vorsorglich, Frau Löhrmann, schicken Ihre Kolleginnen und Kollegen ihre Kinder zum Teil lieber auf private Gymnasien wie zum Beispiel die Linke Frau Schwabedissen oder Frau Ypsilanti in Hessen. Die Ministerpräsidentin schickt ihren Sohn auf ein Gymnasium, aber der ist ja nicht mehr davon betroffen; er ist schon älter. Ich weiß nicht, wie alt die Kinder von Frau Schneckenburger sind, die auch aufs Gymnasium gehen.

(Sören Link [SPD]: Welche Drogen nehmen Sie am Morgen?)

Ich verrate hier nichts. Ich habe das nicht recherchiert. Das war im „Focus“ nachzulesen. Ich finde, das gehört ansonsten in den privaten Bereich. Aber das ist nun einmal Fakt: Wenn die eigenen Kinder durchs Gymnasium durch sind, dann kann man ruhig Chaos verursachen. Man ist ja selbst nicht mehr betroffen.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Wir machen hier keine egoistische Politik.

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Frau Abgeordnete, ...

**Ingrid Pieper-von Heiden (FDP):** Wir machen Politik für Schüler, Kinder, Eltern, Lehrer, für unser Land, für das Wohl unseres Landes. Da sollte der eigene Egoismus hinten anstehen. Man sollte gucken, wie man Vorsorge für die Kinder trifft, die es in Zukunft betrifft. Das, was Sie erfinden und hier auf den Weg bringen, ist wahrlich nicht gut.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Frau Abgeordnete. – Für die Fraktion Die Linke hat Frau Abgeordnete Böth das Wort.

**Gunhild Böth (LINKE):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Aktuelle Stunde, die die CDU beantragt hat, trifft irgendwie nicht so den Kern, und zwar aus folgendem Grund:

(Beifall von der LINKEN und von den GRÜNEN)

Sie beklagen

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

– hören Sie doch erst einmal zu! –, dass die Frage G8/G9 am Parlament vorbeigeht. Ich habe hier das Beschlussprotokoll der Sitzung vom 16.09. Am 16.09. hat die Fraktion Die Linke den Antrag Drucksache 15/134 eingebracht, und zwar im Zusammenhang mit dem Gesetzentwurf Drucksache 15/135 „Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes – Rückgabe des sogenannten „Turbo-Abiturs“ G8 in der Sekundarstufe I“. Das ist mit Ihren Stimmen und den Stimmen aller Fraktionen in diesem Hause in den Ausschuss verschoben worden, um da erst die Sachverständigen zu hören, um da die Debatte zu führen und es anschließend hier im Plenum zu debattieren. Ja, wo waren Sie denn eigentlich, als das beschlossen worden ist? Der 16.09 ist noch nicht so schrecklich lange her. Sie sollten sich noch daran erinnern können, dass Sie das beschlossen haben.

(Beifall von der LINKEN und von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Insofern ist es blühender Unsinn zu sagen, das geht am Parlament vorbei, weil wir genau das demnächst Schulausschuss diskutieren werden.

(Beifall von der LINKEN und von den GRÜNEN)

Herr Weiß, Sie haben erläutert, wie das aussehen soll. Dazu muss ich aber auch sagen, tendenziell kann ich verstehen, was die CDU hier beantragt hat. Es wäre nämlich schön gewesen, wenn das Parlament das zuerst erfährt, statt dass man das alles aus der Presse erfahren muss.

(Beifall von der LINKEN – Ralf Witzel [FDP]: Aha!)

Dass es am 07.10. eine Zusammenkunft mit allen Schulleitungen der Gymnasien geben wird, ohne dass das Parlament es erfährt, halte ich zumindest für einen schlechten Stil. Dennoch zielt Ihre Aktuelle Stunde am Problem vorbei. Wir haben das Problem, dass das G8, so wie Sie es eingeführt haben, eine Katastrophe ist.

Ich will Ihnen gerne noch einmal, insbesondere da wir heute so viel Publikum haben, das sich wahrscheinlich in den Details nicht so gut auskennt, Folgendes erläutern: Das G8 musste den Nachmittagsunterricht nach sich ziehen, denn wenn man die gleiche Stundentafel von Klasse 5 bis 10 auf Klasse 5 bis 9 zusammenschiebt, musste das Nachmittagsunterricht bringen. Damit folgte der sogenannte Ganztags. Dass es da an den meisten

Gymnasien keine Mensen gab usw., ist hier schon aufgezählt worden.

Ich will aber noch auf etwas anderes hinweisen. Ich war 32 Jahre Gymnasiallehrerin, bevor ich in dieses Parlament gewählt wurde. Der Ganztagszieht nach sich, dass es keine Hausaufgaben gibt. Ich kenne kein einziges Gymnasium, an dem dieser Erlass eingehalten wird. Die Kinder haben nachmittags Unterricht, gleichzeitig werden Sie nach Hause geschickt und müssen Hausaufgaben machen. Das ist ein Skandal.

(Beifall von der LINKEN, von der SPD und von den GRÜNEN)

Das ist gegen herrschendes Recht.

Der zweite Punkt: Nach der Klasse 10 am Gymnasium konnte man im G9 selbstverständlich ins Berufskolleg übertreten, das Berufskollegs hat ja immer eine Oberstufe. Das bedeutete – im Volksmund sagt man zum Beispiel Höhere Handelsschule –, dass man einen Vollzeitbildungsgang absolviert, der einen in ganz vielen wirtschaftlichen Angelegenheiten qualifiziert und in dem man gleichzeitig das Abitur macht. Das ist mit dem G8 nach CDU/FDP-Manier nicht mehr möglich;

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Quatsch!)

denn nach der Klasse 9 können Sie nicht ins Berufskolleg wechseln, sondern Sie müssen erst die Klasse 10 des Gymnasiums machen, was schon der erste Jahrgang der gymnasialen Oberstufe ist, um dann noch einmal in die Klasse 11 und dann für drei Jahre oder vier Jahre ins Berufskolleg überzusteigen. Von der Schulzeitverkürzung, von dem ganzen Stress, den die Kinder vorher hatten, haben sie nichts, weil das nicht geht.

(Beifall von der LINKEN, von der SPD und von den GRÜNEN)

Und dann gibt es noch eine andere Variante: Bisher war es möglich, dass die, die am Ende der Klasse 10 den Eindruck hatten, die gymnasiale Bildung ist jetzt doch nicht das, was sie wollen, sondern sie wollen lieber einen ordentlichen Beruf erlernen, nach der Klasse 10 mit einem sehr qualifizierten Abschluss, nämlich der Fachoberschulreife – auch mit der Qualifikation zum Besuch der gymnasialen Oberstufe hat es solche gegeben –, sich einen Ausbildungsplatz gesucht haben, weil sie der Meinung waren, das sei jetzt ihr Ding. Auch das geht nicht mehr nach der Klasse 9 des Gymnasiums, weil wir nämlich in Nordrhein-Westfalen zehn Jahre Vollzeitschulpflicht haben. Das heißt, sie dürfen gar nicht in den Ausbildungsplatz gehen, sondern sie werden noch ein Jahr ins Gymnasium, in die Oberstufe gedrängt, weil sie ja dann erst am Ende der Klasse 10 sind. Was ist das denn bitte für ein hirnrissiges Verfahren?

(Beifall von der LINKEN, von der SPD und von den GRÜNEN)

Das Problem ist jetzt: Das, was die CDU jetzt macht, ist ein ziemlich vergiftetes Angebot, denn die CDU will nichts anderes, als G8 zu stabilisieren. Davon ist ja auch immer wieder die Rede. Dieser ganze Murks, den ich aufgezählt habe, soll offensichtlich beibehalten werden. Die Linke steht jedenfalls dafür ein, dass wir diesen Murks ändern. Wir haben gleichzeitig einen Antrag eingebracht, dass man sehr wohl die Schulzeit verkürzen kann, indem nämlich das Ministerium ein Baukastenmodell entwickelt, so ähnlich wie in Finnland, wo man in zwei bis vier Jahren die Oberstufe absolvieren kann. All das werden wir im Schulausschuss diskutieren.

Noch eine Bemerkung zu den Kindern unserer Landessprecherin. Frau Schwabedissen hat zwei Kinder, ja. Die besuchen eine Schule, und das ist eine Waldorfschule. Bisher waren Sie doch immer die großen Verfechter dieser Schule.

(Beifall von der LINKEN – Vereinzelt Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Frau Abgeordnete. – Für die Landesregierung hat Frau Ministerin Löhrmann das Wort.

**Sylvia Löhrmann,** Ministerin für Schule und Weiterbildung: Schönen Dank. – Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kaiser, erlauben Sie mir eine Vorbemerkung. Es wäre ein Beitrag zur politischen Kultur gewesen, Herr Kaiser, wenn Sie eingeräumt hätten, dass der Unmut, der in den Gymnasien entstanden ist, etwas mit Ihrer Politik zu tun hat.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Das wäre ein Beitrag zur politischen Kultur gewesen. Statt wirklich ernsthaft daran mitzuwirken, dass wir im G8 optimieren – und das ist mein Hauptziel –, wittern Sie hier die Chance, irgendwie Rot-Grün vorzuführen. Das ist doch das, dem Sie hier erliegen, statt das ernsthaft zu tun, was Sie von mir verlangen und was ich auch gerne in Angriff nehme.

Meine Damen und Herren, kaum ein Schulthema hat in der letzten Zeit so viele Emotionen hervorgeufen wie das Thema Schulzeitverkürzung am Gymnasium. Hier hat die Vorgängerregierung durch eine überhastete, unvorbereitete Vorgehensweise eine Situation geschaffen, die bis heute nachwirkt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich wundere mich, dass Sie nicht auch Mails von Eltern bekommen, die sagen: Wir finden das so nicht gut, wie das ist; wir finden es nicht gut, wenn unsere Kinder 34 Stunden haben, wenn sie elf Jahre alt sind und ihnen am Nachmittag keine Familienzeit mehr zur Verfügung steht.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)



Ich finde es komisch, dass Sie solche Mails nicht bekommen. Zwei Drittel der Rückmeldungen und der Anfragen zu Diskussionen, die ich erhalte, beziehen sich auf die Unzufriedenheit der Eltern im bestehenden G8. Ich wundere mich, dass die sich bei Ihnen nicht mehr melden.

Lehrerinnen und Lehrer, Eltern, Schülerinnen und Schüler beklagen die extreme Belastung, die mit der Verdichtung der Unterrichtszeit in der Sekundarstufe I verbunden ist. Zudem fehlen an vielen Gymnasien die Voraussetzungen für regelmäßigen Nachmittagsunterricht. Hier besteht Handlungsbedarf. Diesem Handlungsbedarf werden wir auch nachgehen. Nicht zu letzt wegen dieser Lage, die Sie geschaffen haben, sind Sie am 9. Mai auch abgewählt worden, meine Damen und Herren von CDU und FDP!

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich mache keinen Hehl daraus und erinnere auch noch einmal daran: Ich halte ein Modell „sechs plus zwei“ – so wie es die rot-grüne Landesregierung 2005 beschlossen hatte – für wesentlich besser. Das wäre wesentlich besser gewesen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Deswegen sind Ihre Vergleiche, dass wir das ja eingeführt hätten, unredlich. Das ist unredlich, was Sie hier betreiben!

Aber weil Sie andere Entscheidungen getroffen haben, kann es ein „Zurück auf Los“ ebenso wenig geben wie ein „Basta“ oder „Augen zu und durch“. Das ist die missliche Lage, in der sich die jetzige Landesregierung befindet, weil Sie diesen Murks angerichtet haben.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Herr Kaiser, ich finde die Einseitigkeit, mit der Sie an die Sache herangehen, unverantwortlich. Das wird den unterschiedlichen Stimmungslagen in den Gymnasien nicht gerecht. Es gibt nicht nur die Eltern, die wie die Landeselternschaft Gymnasien sagen, das solle jetzt so bleiben und dürfe nicht infrage gestellt werden. Es gibt auch die Eltern, die genau diese Wahlmöglichkeit zwischen G8 und G9 wollen, die wir ihnen jetzt einräumen wollen.

(Zuruf von Klaus Kaiser [CDU])

Es gibt also auch die Eltern, die das anders wollen. Es gibt sogar die Eltern, die es am liebsten sähen, ich würde das Ganze mit einem Federstrich rückgängig machen. Ich sage in aller Offenheit: Diesen Anspruch kann ich nicht erfüllen; denn dann würde ich am Gesetz vorbeihandeln. Das tue ich natürlich nicht. Diesen Anspruch der Eltern, deren Kinder im real existierenden G8 sind, kann ich nicht entsprechen, weil man einem Kind, das einmal in einem Bildungsgang unter bestimmten Bedingungen eingetreten ist – Herr Laschet, vielleicht hören Sie einmal zu –,

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

nicht zumuten kann, im laufenden Bildungsgang sozusagen diesen Bildungsgang zu ändern. Das ist die Krux, mit der wir es zu tun haben.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Es gibt auch nicht die Haltung der entsprechenden Verbände. Zwar plädieren sowohl der Philologenverband als auch die Direktorenvereinigung der Gymnasien für ein striktes Festhalten am Status quo. Die GEW hingegen wünscht sich das rot-grüne Modell zurück. Der VBE plädiert auch mit Verweis auf das Vorgehen der CDU/FDP-Regierung in Schleswig-Holstein für die Wahlfreiheit.

Meine Damen und Herren, Sie sehen, es gibt keinen Königsweg. Ich habe die undankbare Aufgabe, sozusagen die Uhr zu reparieren, während sie tickt.

(Zuruf von Heike Gebhard [SPD]: Genau! –  
Zuruf von Klaus Kaiser [CDU])

Angesichts dieser Situation, die Sie zu verantworten und verursacht haben, hat sich die Landesregierung zu zwei Maßnahmen entschlossen.

Erstens – und das ist die Hauptmaßnahme –: Wir wollen für Schülerinnen und Schüler, die sich jetzt bereits im G8 befinden oder künftig darin lernen wollen, die Bedingungen optimieren. Ich habe Vertreterinnen und Vertreter von Schulleitungen, von Eltern- und Lehrerverbänden, von LandeschülerInnenvertretung sowie von Elterninitiativen, die dem verkürzten achtjährigen Bildungsgang zum Abitur kritisch gegenüberstehen, zu einem in Kürze anstehenden Arbeitsgespräch eingeladen, um die Lage beim bestehenden G8 zu erörtern.

Frau Böth, Sie haben die Debatte vor einigen Wochen angesprochen. Ich hatte vor, erst das Parlament zu informieren und dann die Pressemitteilung herauszugeben. Aber die Debatte ist gestrichen worden, weil Ihr Antrag ohne Debatte direkt überwiesen worden ist. Deswegen konnte ich das an dieser Stelle nicht tun. Sonst hätte ich es gerne genauso gemacht.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Meine Damen und Herren, wir werden in diesem Arbeitsprozess den gesamten Bildungsgang noch einmal sehr gründlich überprüfen und dabei gute Umsetzungsbeispiele und entlastende Maßnahmen erarbeiten.

Erfreulicherweise konnte ich Herrn Prof. Dr. Bos, Leiter des Instituts für Schulentwicklungsforschung in Dortmund, für die Mitarbeit gewinnen, den Sie, Herr Kaiser, immer so gern als Kronzeugen gegen mich anführen. Diesen habe ich längst eingebunden, weil ich an der Optimierung dieses Prozesses arbeite.

(Zuruf von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

Wir werden ein Zweites tun, meine Damen und Herren: Wir werden unser Wahlversprechen, den Eltern die Wahlmöglichkeit zu geben, erfüllen und ihnen zum nächsten Jahr die Möglichkeit eröffnen, parallel beide Bildungsgänge oder aber das G9 wieder einzuführen.

Vielleicht hören Sie sich noch einmal an, was in der Denkschrift der Rau-Kommission dazu steht:

„Entscheidend ist die Tatsache, dass unterschiedliche Menschen unterschiedliche Zeiten zur Erreichung ähnlicher Ziele benötigen. Dies anzuerkennen und in pädagogische Praxis umzusetzen, ist Aufgabe des Bildungssystems, nicht die Angleichung der Menschen an vorgegebene Normen.“

Ich würde es für gut und richtig halten, dass Sie sich auch darauf einlassen, weil es auch Ihrem Anspruch entspricht, dass es um individuelle Förderung und um Individualisierung von Lernprozessen geht, aber nicht darum, alle Kinder über einen Kamm zu scheren, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Insofern macht dieser Schulversuch Sinn, weil Gymnasien etwas ausprobieren können, was anderweitig als sinnvoll erachtet wird und was in anderen Ländern Standard ist, statt wie Sie strikt mit „Basta!“ und „Augen zu und durch!“ am Bestehenden festzuhalten.

Lassen Sie mich schließen mit einem Appell von Martin Luther King:

(Zuruf von Armin Laschet [CDU]: Oi!)

„Kein Problem wird gelöst, wenn wir träge darauf warten, dass Gott sich darum kümmert.“

Ich will mich gerne weiterhin um die Optimierung von G8 und um die Wahlmöglichkeit kümmern. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Frau Ministerin. – Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Laschet das Wort.

**Armin Laschet (CDU):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das war schon ein bemerkenswerter Auftritt.

(Demonstrativer Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Zuruf von der SPD: Allerdings!)

Da stellt sich eine Ministerin hierhin, sagt, sie bekomme viele E-Mails von Menschen, die mit G8 unzufrieden sind, sagt, was sie alles im Wahlkampf

versprochen hat, und sagt dann: Ich kann das aber nicht ändern. Ich müsste ja das Gesetz ändern.

Entschuldigung, dafür ist ein Landtag, dafür ist eine Regierung da! Wenn eine Regierung etwas kritisiert, muss sie Gesetze ändern.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Aber Sie wollen ja nicht das Gesetz ändern, weil Sie dann eine Anhörung machen müssten, weil Sie Eltern, Lehrer, Fachleute beteiligen müssten. Nein, stattdessen – und das ist Ihr Beitrag zur politischen Kultur – verlagern Sie das alles in die Schule.

Sie sagen: Ich als Ministerin kann das nicht, ich will das nicht.

(Ministerin Sylvia Löhrmann: Das ist eine Unverschämtheit!)

– Ja, dann machen Sie es! Sie tun es aber nicht, Frau Löhrmann.

(Gunhild Böth [LINKE]: Es läuft doch!)

Sie sind jetzt in der Regierung. Sie könnten es versuchen. Sie machen es nicht, sondern schieben es in die Schulen. Und die Schulen sagen Ihnen, was sie davon halten.

Die „Aachener Nachrichten“ beispielsweise haben alle Gymnasien der gesamten Region befragt. In einer Tabelle können Sie nachlesen, was die dazu sagen.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Die müssen doch nicht, wenn sie nicht wollen!)

Und alle sagen: Wir waren vielleicht gegen G8. – Ein Schulleiter sagt: Ich war fünf Jahre lang gegen G8. Wir haben aber jetzt damit begonnen; wir wollen jetzt weiterarbeiten;

(Beifall von der CDU und von der FDP – Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

wir wollen endlich Ruhe an den Schulen haben! – Sie treiben aber Unruhe in die Schule hinein.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Wenn am Ende in einem Kreis dann eine Schule G8 macht, entschieden in der Schulkonferenz zusammen mit dem Schulträger, die Nachbarschule aber weiter G9 macht, dann ist nicht einmal mehr ein Wechsel innerhalb eines Kreises möglich. Sie errichten grün lackierte mittelalterliche Stadtmauern, anstatt Durchlässigkeit zu ermöglichen.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Frau Ministerin Löhrmann, das macht die ganze Verzweigung über Ihre Handlungsunfähigkeit deutlich: Sie haben hier jahrelang engagiert als Schulpolitikerin mitgestritten. Jetzt sind Sie Ministerin und könnten etwas machen. Und im allerersten Moment der Sommerpause fordern Sie in Interviews ein Bundesschulgesetz.

(Heiterkeit von der CDU und von der FDP)

Ja, verzweifelter kann man seine eigene Gestaltungsunfähigkeit gar nicht deutlich machen. Was diese Regierung in der Schulpolitik macht, ist defensive Gestaltungsverweigerung auf dem Rücken der Kinder.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Ott das Wort.

**Jochen Ott (SPD):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Laschet, es ist wirklich abenteuerlich, was Sie hier erzählen. Sie erinnern mich ein bisschen an die katholische Kirche,

(Zuruf von der CDU: Ganz vorsichtig!)

die in einem besonderen Akt versucht hat, Kirchengemeinden zusammenzulegen und es dabei geschafft hat, insbesondere die Konservativen und Papsttreuen in den Kirchengemeinden gegen sich aufzubringen, weil diese nicht bereit waren, den Veränderungsprozess mitzugehen. Das hat an vielen Stellen zu einem Auszug gerade von Konservativen geführt.

(Zuruf von der CDU)

Was Sie mit der Einführung von G8 gemacht haben hat dazu geführt, dass viele Ihrer Wählerinnen und Wähler gesagt haben: Diese Einführung von G8 ist falsch, sie macht unsere Kinder kaputt. – Und auch deshalb haben Sie diese Wahlniederlage am 9. Mai erleiden müssen.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von Özlem Alev Demirel [LINKE])

Gucken Sie es sich doch mal bei den Kollegen in Bayern oder im Saarland an! Die haben alle verloren, unter anderem, weil sie gegen ihre eigene Klientel an den Gymnasien ein Gesetz gemacht haben, was in dieser Form falsch ist. Warum, haben verschiedene Kolleginnen und Kollegen auch beschrieben.

Ich will auch eins nicht verhehlen – weil Sie eben von „Totengräber“ sprachen, Herr Kaiser –: Sie haben dazu beigetragen, dass die Gesamtschulen wie nie zuvor in den letzten 15 Jahren einen Zufluss von vielen Schülerinnen und Schülern mit Gymnasialniveau erhalten haben, weil die Eltern nicht bereit sind, ihre Kinder in dieser Art und Weise durch das Schulsystem zu jagen und schon die 5. und 6. Klasse im Grunde genommen zu einer absoluten Stressfalle für Kinder wird. Das ist Ihr Versagen, verehrte Damen und Herren!

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von Özlem Alev Demirel [LINKE])

Die Gesamtschulen haben sich gefreut – sie konnten dadurch ihre Angebote verbessern und haben darum heute einen viel besseren Stand als es noch vor Jahren der Fall gewesen ist. Von daher: Das Sturmreifechießen der Gymnasien haben Sie gemacht, nicht wir. Und dann sagen Sie, Frau Pieper-von Heiden von der FDP, Unruhe und Unsicherheit hätten wir in die Schulen gebracht.

Ich will daran erinnern, was die Ministerin gerade zu Recht gesagt hat: Wir wollten „10 plus 2“. Das hätte übrigens auch nicht zu dem chaotischen Zustand geführt, dass manche Zehntklässler weiter freie Fahrt mit der Bahn haben und manche nicht – um nur ein kleines Beispiel zu nennen. In der letzten Plenardebatte wurde ja behauptet, es wäre bei der Umstellung alles einfach und geräuschlos gelaufen.

Verehrte Damen und Herren, hätten wir „10 plus 2“ eingeführt, wäre vieles deutlich einfacher geworden. Was Frau Böth zu Recht über die Flexibilisierung der Oberstufe gesagt hat, wäre dann auch wesentlich einfacher umzusetzen gewesen.

(Zuruf von der CDU)

Es ist sehr enttäuschend, wie Sie sich selbst bei schlechter Einführung von Gesetzen, bei massivem Widerstand verhalten. Ich darf daran erinnern, ich war mit verschiedenen CDU-Kollegen auf Podien in Wahlkämpfen. Wir sind immer wieder auf diese Frage angesprochen worden. Die Menschen in diesem Land, die Jugendlichen, die Schülerinnen und Schüler, aber auch deren Eltern, haben dafür kein Verständnis. Deshalb ist es gut, dass wir jetzt einmalig allen die Chance einräumen, diesen Weg zurückzudrehen. Herr Laschet, warten wir es doch ab, wie viele Schulen sich am Ende für diesen Weg entscheiden. Wir können das jedenfalls nicht voraussagen.

Viel köstlicher aber ist, dass in der FDP die Meinungen über dieses Thema ja auch auseinander gehen. Ekkehard Klug, mittlerweile Bildungsminister in Schleswig-Holstein, ist ja für die Wahlfreiheit der Gymnasien und hat mehrfach darauf hingewiesen, wie schlecht und teuer die Einführung von G8 eigentlich ist. Er hat deutlich gemacht, dass Gymnasien die Wahlfreiheit zwischen kürzerer und längerer Schulzeit, G8 und G9, erhalten sollen. Herr Papke, vielleicht sollten Sie mal nach Schleswig-Holstein fahren und sich mit Ihren Kolleginnen und Kollegen unterhalten.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Ach! Sie sollten mal nach Hamburg fahren und schauen, was da so passiert!)

– Herr Papke, über Hamburg werden wir bei späterer Gelegenheit sprechen. Jetzt sprechen wir über G8/G9. Ich finde das sehr köstlich, dass Sie immer wieder mit demselben Thema kommen. Vielleicht haben Sie noch eine andere Platte.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist vollkommen klar -mehrere haben es bereits angesprochen -: Wir müssen die Lehrpläne deutlich entschlacken. Wir müssen den Mut haben, auch den Kolleginnen und Kollegen aus dem Philologenverband deutlich zu machen, dass man nicht so tun kann, als ob man bei der Lehrinhalten nicht zu deutlichen Veränderung kommen müsste.

Auch sollte man, Herr Kaiser, einen Trugschluss vermeiden. Selbst in einem G9 ist ein Ganzttag dringend notwendig und sinnvoll. Ganzttag ist für die Kinder in Nordrhein-Westfalen aus verschiedenen Gründen ein richtiger Weg. Das hat überhaupt nichts damit zu tun, ob die Schule am Ende mit G8 oder G9 laufen wird.

**(Vorsitz: Vizepräsidentin Carina Gödecke)**

Last but not least: Sie haben den Respekt der Gymnasien angesprochen. Ich bin der festen Überzeugung, man geht sehr respektvoll mit den Gymnasien um, wenn wir ihnen jetzt die Möglichkeit geben, die Entscheidung zu treffen. Ich sage aber auch: Jedes Gymnasium, Herr Kaiser, was beispielsweise die Entscheidung trifft, auch behinderte Kinder in die Schule mit aufzunehmen, jedes Gymnasium, was es für richtig hält, auch integrativ zu unterrichten, hat die Möglichkeit – was Frau Löhrmann bereits in der letzten Plenardebatte immer wieder dargestellt hat –, zusätzliche Unterstützung zu bekommen. Denn in der Tat sind wir der Meinung, dass gemeinsames Lernen für die Kinder besser und wichtig ist.

(Beifall von der SPD und von Hans Christian Markert [GRÜNE])

Ein Letztes: Die meisten, die hier eine akademische Ausbildung haben und in meinem Alter oder älter sind, sind mit sechs Jahren in die Grundschule gekommen, haben mit 18 oder 19 Jahren Abitur gemacht, dann haben die Männer Zivildienst oder Bundeswehr absolviert, und anschließend ist man für mindestens fünf Jahre auf die Uni gegangen. Mit Ende 20 begann der Weg in den Beruf. Heute haben wir dafür gesorgt, dass das insgesamt wesentlich früher erfolgt. Wenn zusätzlich noch die Wehrpflicht abgeschafft ist, werden die Leute unter Umständen mit 21 Jahren aus dem Bildungssystem herauskommen.

Ich halte es für ganz wichtig – unabhängig von der Entscheidung zwischen G8 und G9, die wir jetzt hier treffen, weil sie helfen soll, den Schulen eine Entscheidungsmöglichkeit zu geben –, uns gemeinsam die Frage zu stellen: Wie wollen wir eigentlich, dass unsere Kinder in unserem Land lernen? Wollen wir sie in kürzester Zeit stressen und dafür sorgen, dass soviel Input wie möglich reinkommt? Oder wollen wir ihnen auch Entfaltungs- und Entwicklungsmöglichkeiten bieten? Das ist eine Politik, für die die neue Landesregierung steht. – Danke schön.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von Özlem Alev Demirel [LINKE])

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Ott. – Als nächste Rednerin spricht für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Abgeordnete Beer.

**Sigrid Beer (GRÜNE):** Lieber Kollege Herr Laschet, Sie müssen es mit Blick auf den Wahlkampf innerhalb der CDU ja ziemlich nötig haben,

(Zurufe von der CDU und von der FDP)

wenn Sie hier heute wieder einen solchen Auftritt hinlegen. Ich kann Ihnen nur sagen – dies zeigt die Erfahrung der letzten Zeit doch ganz deutlich -: Wenn Ihnen hier die CDU-Fraktion zujubelt, hat das nichts mit der Realität der Menschen im Land zu tun

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

und auch nichts mit dem Votum, das dort abgegeben wird. Das haben wir ja schon bei der Integrationsdebatte gesehen, bei der Sie versucht haben, sie zu Laschet-Festspielen zu machen. Aber das ist leider an der Sache vorbei.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wenn Sie so anfangen, dann sollten wir vielleicht auch einmal Ihr Ergebnis als Landesminister in die Debatte bringen. Was haben Sie den Kommunen, den Kita-Trägern beim U3-Ausbau eigentlich hinterlassen? – G8, U3, Laschet – das ist die neue Formel. Dieses Fass können wir hier gerne auch aufmachen.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU] – Weitere Zurufe von der CDU)

Da werden Sie auch alt aussehen. Wir wissen, was Sie dort für ein Chaos hinterlassen haben, das die Landesregierung jetzt aufarbeiten muss.

(Beifall von den GRÜNEN)

Von daher war Ihr Beitrag hier absolut nicht hilfreich.

Am meisten schmerzt Sie doch, dass § 25 des unter Schwarz-Gelb verabschiedeten Schulgesetzes genau diese Möglichkeit eröffnet und den Schulen und den Schulträgern sofort eine Entscheidungsmöglichkeit einräumt, weil nämlich nicht erst ein Jahr über Schulgesetzgebung ins Land gehen muss, sondern sofort an den Wurzeln angepackt werden kann und Schulen, Eltern und Schulträger sich erstmals entscheiden können.

(Armin Laschet [CDU]: Die wollen aber nicht!)

Wenn dann die Nachfrage so groß ist, werden wir natürlich – das ist genau das Gleiche wie bei den Gemeinschaftsschulen – mit in das Verfahren hineingehen. Dann werden wir schulgesetzlich regeln.

Sie werden dann mit der Realität im Land konfrontiert werden und neu darüber nachdenken müssen. Nehmen Sie es doch mal als Chance für sich, die Kurve zu kriegen. Gehen Sie doch diesen Weg einfach mit!

(Beifall von der SPD)

Einen Punkt will ich gerne noch aufgreifen. Frau Pieper-von Heiden hat hier den unglückseligen Ausdruck von „Gymnasien erster und zweiter Klasse“ bzw. „Abitur erster und zweiter Klasse“ eingebracht.

(Ralf Witzel [FDP]: Das kennen Sie doch schon vom Gesamtschulabi!)

Ich finde, das ist eine Unverschämtheit. Herr Witzel, von Ihnen bin ich nichts anderes gewohnt.

(Heiterkeit von den GRÜNEN)

Ich finde es unglaublich, dass damit Schülerinnen und Schüler diskreditiert werden, die nach neun Jahren erfolgreich ein Zentralabitur ablegen,

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN)

egal, ob an Gesamtschulen, egal, ob am Berufskolleg, ganz egal, ob am Weiterbildungskolleg. Diese Schülerinnen machen Sie zu Abiturientinnen zweiter Klasse.

Das finde ich auch – das will ich ganz deutlich sagen –

(Zuruf von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

vom Philologenverband eine genau solche Unverschämtheit, derartig diskreditierend über andere individuelle Bildungswege zu reden. Das ist etwas in diesem Land, was wir uns verbitten sollten.

Lassen Sie mich bitte noch einen Punkt aufgreifen, der manchmal auch in der Debatte genannt wird. Das ist die Frage der Mobilität. Wie sieht das eigentlich aus, wenn man im Land umzieht? – Dieser Gedanke treibt Eltern natürlich um. Ich kann Ihnen sagen: Allein die fünf Gymnasien in Paderborn haben schon ein unterschiedliches Profil. Es ist für Eltern und Schülerinnen bei einem Schulwechsel also durchaus schwierig, den eingeschlagenen Weg weiterzugehen.

Aber wie ist das denn in der Realität? Wenn ich zum Beispiel in den ländlichen Raum ziehe, finde ich vielleicht überhaupt kein Gymnasium vor. Ich finde auch keine Gesamtschule in jeder Region des Landes vor, wenn ich als Elternteil umziehen möchte. Das ist schon die Realität.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

Das wird auch durch ein Schulangebot G8/G9 nicht großartig verändert. Denn jeder Schüler und jede Schülerin, die aus dem G8 kommen, können natürlich in G9 erfolgreich weitermachen und dort auch individuell Schulzeitverkürzung praktizieren. Das ist

doch überhaupt kein Problem. Von daher wird der Schülerin nichts weggenommen.

Umgekehrt muss es, wenn individuelle Förderung wirklich einen Wert hat, Auftrag jeder Schule sein, neu in die Schule hineinkommende Schüler und Schülerinnen durch individuelle Förderung in die Schule zu integrieren, damit sie dort erfolgreich weiterarbeiten können. Deswegen ist das überhaupt kein Argument. Genau diese Fragen müssen wir im Land heute jeden Tag beantworten. Und das ist genau der Punkt, an dem Sie fehlgehen.

Wir wollen im Interesse der einzelnen Schülerinnen den individuellen Weg ermöglichen, die individuelle Lernzeit. Dazu wird auch dieser Schulversuch seinen Beitrag leisten, zu zeigen, wie man Bildungsoptionen öffnen kann, wie man mehr Schülerinnen und Schüler zu hochwertigen Abschlüssen führt. Das heißt: Das ist ein Beitrag, den dieses Land braucht, weil wir insgesamt mehr Schülerinnen und Schüler zum Schulerfolg führen müssen. Dafür müssen wir auch differenzierte Wege gehen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Frau Kollegin Beer. – Als Nächstes hat für die Fraktion der FDP Herr Witzel das Wort.

**Ralf Witzel (FDP):** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist ja wirklich schon grotesk, wenn Schulministerin Löhrmann hier steht und von der Opposition einen Beitrag zur politischen Kultur einfordert.

(Minister Guntram Schneider: Ja und?)

Frau Ministerin Löhrmann, Sie sind der fleischgewordene Wolf im Schafspelz,

(Beifall von der FDP – Lachen von der SPD)

weil Sie nämlich nicht das beachten, was Ihre Ministerpräsidentin hier einfordert.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Die steht nämlich hier im Hohen Hause, im Parlament, und redet ständig von der Stärkung desselbigen, Sie aber verstehen unter „Stärkung des Parlaments“ in Sachen Schulpolitik, Schulpolitik am Parlament vorbei zu organisieren. So verfahren Sie bei grundlegenden Schulstrukturveränderungen, so verfahren Sie bei der Länge und Ausgestaltung von Bildungswegen.

(Zuruf von der SPD: Das ist doch lächerlich!)

Das ist Ihr Beitrag zur Stärkung des Parlaments.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Das glauben Sie doch selber nicht!)

Deshalb war das verräterisch, was Frau Beer hier für die Grünen in mehreren Wortbeiträgen erklärt

hat. Wir werden das sehr gründlich auswerten für unsere Klage gegen Ihr rechtswidriges Vorgehen, nämlich § 25

(Zurufe)

Schulgesetz zu missbrauchen, um nicht Schulversuche durchzuführen, die von einem Erkenntnisinteresse getragen sind, sondern um eine Bildungspolitik, für die Sie keine parlamentarischen Mehrheiten haben, am Parlament vorbei zu organisieren, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Deshalb: Frau Beer, uns schmerzt nicht § 25, sondern uns schmerzt, dass wir es uns nicht hätten vorstellen können, dass eine Experimentierklausel im Schulgesetz so offenkundig rechtsmissbräuchlich

(Beifall von der FDP – Sören Link [SPD]: Haben Sie auch noch Jura studiert? – Weitere Zurufe von der SPD)

angewandt wird.

Ich möchte von Ihnen, Frau Ministerin Löhrmann, hier heute vor dem Parlament die Frage beantwortet haben: Was ist Ihr Erkenntnisinteresse daran, wie Schule in G9 läuft? – Das ist ja die Fragestellung, die hinter einem Schulversuch bzw. einer Versuchsschule steht. Das ist doch genauso, als wenn Sie morgen sagen: Zukünftig sollen Schulen frei entscheiden können, ob es eine vorschulische Sprachförderung gibt oder nicht. Wir machen das auf dem Wege eines Schulversuchs, um zu schauen: Was passiert mit Kindern, die – wie früher in Ihrer Regierungszeit üblich – ohne vorschulische Sprachförderung in die Schule kommen? Sie wollen nicht etwas Neues herausfinden, sondern Schulpolitik am Parlament vorbei organisieren. Das ist Ihr eigentliches Ziel.

(Beifall von der FDP und von der CDU – Sigrid Beer [GRÜNE]: Abgewählt!)

Deshalb, Frau Ministerpräsidentin Kraft, fordern wir Sie auf, um endlich Licht ins Dunkel zu bringen, damit sich der Nebel etwas lichtet, vor diesem Parlament eine Regierungserklärung abzugeben,

(Sören Link [SPD]: Nebel ist nur in Ihrem Kopf, Herr Witzel, nirgendwo sonst!)

wie Sie sich in den nächsten Jahren dieser Legislaturperiode die Schulpolitik in Nordrhein-Westfalen vorstellen. Damit holen wir das Thema ins Parlament, debattieren darüber und organisieren nicht Bildungspolitik am Parlament vorbei.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Frau Beer, wenn Sie den Hinweis geben, man sollte weiter in den Norden schauen: Wir müssen gar nicht bis Kiel gucken, sondern können schon kurz vorher in Hamburg einen Stopp machen.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Herr Kubicki!)

Da sehen Sie: Wenn Grüne in Regierungsverantwortung Bildungspolitik organisieren, dann gibt es Volksaufstände dagegen, weil die Menschen nicht akzeptieren, wie Sie die Gesellschaft spalten.

(Beifall von der FDP)

Dort gehen die Leute auf die Straße. Sie haben keine Mehrheit für Ihre Politik; das müssen Sie einsehen.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Bei dem Thema G9, das Sie auf den Weg bringen, geht es um etwas ganz anderes.

(Sören Link [SPD]: Aufhören!)

Sie betreiben G9 als Einstieg in die Einheitsschule.

(Zuruf von der SPD: Endlich! – Rainer Schmeltzer [SPD]: Hat aber lange gebraucht, um die Kurve zu kriegen!)

Sie wollen Strukturen verändern, um es umso leichter zu haben, als nächsten Schritt die Gymnasien im Rahmen einer großen Fusion mit anderen Schulformen zu vereinen. Das muss jedes Gymnasium wissen, das zu G9 zurückkehrt. Das werden die Kandidaten für den nächsten Schritt Ihrer Schulpolitik, die Umwandlung zur Gemeinschaftsschule, sein. Daher geht das Thema weit über das hinaus, was Sie hier davon herausgreifen.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Weil Sie gerade auf Herrn Bos verwiesen haben, empfehle ich Ihnen einen Blick in die „Aachener Nachrichten“ von vor ein paar Tagen. Dort können Sie nachlesen, wie Herr Bos den Sachverhalt einschätzt, nämlich: Die Schüler- und Lehrbelastung beim achtjährigen Turboabitur sei nicht höher als bei einer neunjährigen Schulzeit am Gymnasium, erklärt der Dortmunder Bildungsforscher Wilfried Bos. Nicht die Verkürzung ist der Stress, sondern die Gewöhnung an das Neue. – Für Bos ist der Streit um G8 oder G9 deshalb eine scheinheilige Debatte.

Frau Ministerin Löhrmann, wenn Sie sich nun von Herrn Bos beraten lassen, dann können Sie noch einiges lernen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Witzel. – Als Nächste hat Frau Kollegin Böth für die Fraktion Die Linke das Wort.

**Gunhild Böth (LINKE):** Danke. – Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Angesichts des Publikums würde ich gerne noch einmal erläutern, Herr Witzel, worum es hier eigentlich geht. Es ist so wie

in der Schule: Man muss immer alles zweimal sagen, bevor es irgendjemand mitbekommt.

(Heiterkeit von den GRÜNEN – Dr. Gerhard Papke [FDP]: Was glauben Sie eigentlich, wer Sie sind?)

Hier ist das Beschlussprotokoll vom 16. September, worauf Sie immer ...

(Ralf Witzel [FDP]: Da ist die Überweisung beschlossen worden und nicht das Vorhaben!)

– Mir ist das klar, aber Ihnen offensichtlich nicht.

(Heiterkeit und Beifall von den GRÜNEN)

Ich erläutere das noch einmal, weil in der Zwischenzeit das Publikum gewechselt hat.

(Heiterkeit und lebhafter Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren Zuschauerinnen und Zuschauer, wir debattieren gerade die Aktuelle Stunde. Die CDU hat beantragt, über die Ankündigung der Landesregierung, dass sich die Gymnasien jetzt entscheiden können, ob Sie G8 oder G9 machen, zu reden.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Es ist unparlamentarisch, zu den Zuschauern zu reden!)

Deshalb debattieren wir darüber. Es geht nicht darum, einen Beschluss dazu zu fassen, sondern die CDU war der Auffassung, das Ganze werde am Parlament vorbei entschieden.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Es ist die amtierende Vizepräsidentin, die das nicht weiß!)

Ich habe vorhin schon mal ... Geht es jetzt leiser? Entschuldigung, ich bin etwas erkältet. Ansonsten kann ich es auch lauter, nur heute nicht.

Im Beschlussprotokoll vom 16. September steht, dass die Fraktion Die Linke beantragt hat, zum G9 zurückzukehren. Das ist ein Gesetzesverfahren, weil dazu das Schulgesetz geändert werden muss. Aus diesem Grunde wird darüber im Ausschuss debattiert. Alle Verbände werden daran beteiligt – die Schulleitungsvereinigung Gymnasium, der Philologenverband, all die, von denen jetzt die Rede war – und können sagen,

(Ralf Witzel [FDP]: Und nun kriegen wir Nachhilfeunterricht!)

ob sie das gut oder schlecht finden, ob sie meinen, dass es noch ganz anders gehen sollte. All das wird im Ausschuss diskutiert.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Reden Sie mit dem Parlament, Frau Kollegin?)

Weil wir das Thema in den Ausschuss verschoben haben, kommt es anschließend wieder ins Parlament. Insofern gibt es eigentlich keinen Grund, dar-

aus eine Aktuelle Stunde zu machen, aber wir machen sie gerade.

Der zweite Punkt ist: Wir haben deshalb am 16. September nicht darüber diskutiert, weil an dem Tag die Regierungserklärung abgegeben wurde. Frau Kraft hat ziemlich lange geredet,

(Heiterkeit von der FDP)

was ich nicht kritisieren will. Alle anderen Fraktionen haben daraufhin auch sehr lange geredet, was ich auch nicht kritisieren will. Das heißt aber, wir sind erst am Nachmittag um 17 Uhr in die normale Tagesordnung eingestiegen. Deshalb hat es zwischen den Fraktionen eine Verständigung gegeben ...

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Ich bin erschrocken, ehrlich!)

– Sie sind erschrocken, dass ich dem Publikum erkläre, worum es geht? Das finde ich ein bisschen komisch. Warum laden Sie denn überhaupt Publikum ein, wenn es nicht folgen können soll?

(Lebhafter Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Herr Laumann, das offenbart ein tiefes Missverständnis bezüglich der Offenheit des Parlaments.

Jetzt komme ich zur Sache, nachdem ich hoffe, das Publikum kann folgen.

(Heiterkeit von der FDP)

Es wird kritisiert, dass die ... Geht es jetzt wieder?

(Heiterkeit von der FDP)

Es geht darum: Die Ministerin hat angekündigt, dass sich die Schulen jetzt entscheiden können. Herr Witzel, da bin ich völlig bei Ihnen: Das finde auch ich falsch. Deshalb habe ich ja den Antrag für Die Linke gestellt, im Ausschuss darüber zu diskutieren und eine Gesetzesänderung zu machen; das habe ich vorhin schon mal gesagt. Wenn Sie zugehört hätten, hätten Sie es auch verstanden.

(Zurufe von der SPD: Nee!)

Ich finde das falsch, und zwar aus folgendem Grund: Diejenigen, die jetzt darüber entscheiden, ...

(Ralf Witzel [FDP]: Sie haben selber auch keine Mehrheit für Ihre Gesetzesänderung!)

– Herr Witzel, kann ich wenigstens begründen, warum ich Ihnen zustimme, oder wollen Sie das gar nicht erst hören?

Die Schulkonferenz, die jetzt bis Jahresende darüber beschließen soll, hat folgendes Problem: Für die Eltern, die da sitzen, für die Schülerinnen und Schüler, die da sitzen, gilt das gar nicht mehr. Das heißt, die beschließen etwas, was für sie selber überhaupt nicht mehr gilt, und alle nachfolgenden Elterngenerationen, die sich vielleicht überlegen,

ihre Kinder in ein Gymnasium zu schicken, können da überhaupt nicht mitreden.

Das ist für mich keine basisdemokratische Beteiligung, von der die Ministerin hier immer redet. Es liegen ganz bestimmte Probleme auf dem Tisch. Aber darüber können doch nicht die paar Eltern, die in der Schulkonferenz sitzen, für die nächsten Jahrgänge befinden. Insofern halte ich dieses Verfahren für falsch.

(Beifall von der LINKEN)

In den Ausschusssitzungen zu unserem Gesetzentwurf werden wir all diese Fragen diskutieren – auch in einer Anhörung im Ausschuss. Ich hoffe, ich sehe Sie da alle wieder, liebe Zuschauerinnen und Zuschauer, weil Sie ja jetzt schon mal in das Thema eingeführt sind.

(Allgemeine Heiterkeit)

Der Ausschuss tagt ebenfalls öffentlich.

Es gab einen Fraktionsvorsitzenden der SPD, Peter Struck, der mal gesagt hat, was später als Struck'sches Gesetz in den Volksmund übergegangen ist: Es geht kommt kein einziger Vorschlag so aus den Ausschüssen und dem Parlament, wie er hineingegangen ist. – Insofern werden wir nach der Anhörung sehen, was wir an dem Gesetzentwurf noch verändern, noch besser machen können. Aber wir sollten diese Debatte abwarten.

(Beifall von der LINKEN, von der SPD und von den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Frau Kollegin Böth, insbesondere für die vielen Hinweise, die sich auch an die Zuschauerinnen und Zuschauer gerichtet haben. Ich bin überzeugt, dass Sie gleich in der anschließenden Diskussion mit den Abgeordneten, die Sie eingeladen haben, eine Menge zusätzlich über die Aktuelle Stunde erfahren können. Aber vielen Dank, Frau Böth, dass Sie das schon mal im Vorgriff gemacht haben.

Als nächster Redner hat für die CDU Herr Professor Dr. Sternberg das Wort.

**Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU):** Frau Präsidentin! Frau Vizepräsidentin Böth, ich lobe überhaupt nicht, dass Sie gerade das Publikum in dieser Art und Weise angesprochen haben. Sie sagen: Das Publikum hat gewechselt. – Das Publikum in dieser Plenardebatte hat überhaupt nicht gewechselt.

(Gunhild Böth [LINKE]: Doch!)

Denn wir diskutieren hier im Parlament.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Das wissen die Damen und Herren auf der Besuchertribüne sehr genau zu unterscheiden.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Sind Sie blind?)

Die wissen, dass die Debatten ins Parlament gehören und dass wir hier keine Fensterreden halten. Ich denke, wir sollten das so beibehalten.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Britta Altenkamp [SPD]: Das war die Rede von Herrn Laschet!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, vor wenigen Tagen gab Ministerin Svenja Schulze folgenden Satz zu Protokoll – Zitat –:

„Wir stehen in den wichtigen Zukunftsfragen für Verlässlichkeit und Kontinuität und halten an den bisher getroffenen Zusagen der Vorgängerregierung fest.“

Damit meinte sie aber nicht etwa die Frage des Schulsystems, sondern die Verlagerung eines kleineren Landesbetriebs von einer Stadt in die andere.

Wie ist das eigentlich mit Verlässlichkeit und Kontinuität?

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Jetzt werden Sie aber kleinkariert! – Zurufe von den GRÜNEN)

Um Legendenbildung vorzubeugen: Wir haben ein Schulsystem mit G8, das 2004 unter der Federführung der damaligen Ministerin Schäfer von diesem Parlament beschlossen worden ist. Sie äußerte seinerzeit: Aus Verantwortung für die Lebenszeit der jungen Menschen in diesem Land ist G8 richtig und wichtig.

(Vereinzelt Beifall von der CDU – Rüdiger Sagel [LINKE]: 2008 war die gar keine Ministerin mehr! 2008 war das Ministerin Sommer von der CDU!)

Man kann über G8 streiten, man kann zu G8 auch eine ganz klare Gegenposition beziehen. Ich kenne eine Menge Lehrer, die mit Wut im Bauch G8 umgesetzt haben.

(Demonstrativer Beifall von den GRÜNEN)

Aber genau diese Lehrer sagen mir jetzt: Wir haben uns fünf Jahre teilweise sogar gegen unseren Willen umgestellt.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Genau! Gegen ihren Willen!)

Wir haben fünf Jahre an der Sache gearbeitet. Wir haben unsere Curricula umgestellt. Wir haben die Schulordnung umgestellt. Jetzt läuft alles gut. Und nun wird gesagt: Wir geben das Ganze frei, wir machen das offen, lassen es frei laufen. – Das nicht! Das ist nicht Verlässlichkeit. Das wollen auch diejenigen nicht, die kritisch zu G8 stehen.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Zurufe von der SPD)



Meine Damen und Herren, das Ganze wird über einen Paragraphen im Schulgesetz gemacht, in dem es um Schulversuche geht. Ist die Zulassung des Gymnasiums mit neun Jahren, wie es jahrzehntelang bestanden hat, ein Schulversuch? Glauben Sie allen Ernstes, dass das ein Versuch sein kann, ein Experiment?

(Sören Link [SPD]: Wir kehren doch nicht zum alten G9 zurück! Das ist doch Quatsch!)

Natürlich ist es das nicht. Auch Sie, Frau Löhrmann, wissen, dass es das nicht ist. Aber Sie scheuen natürlich die parlamentarische Abstimmung hier und die dazu notwendigen vorherigen Abstimmungen mit der Linksfraktion.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Gehen Sie zurück in Ihre Akademie!)

Der Experimentierparagraph wird auf diese Weise grotesk überdehnt.

Aber was ist das jetzt? Frau Löhrmann, Sie haben von einer Optimierung gesprochen. – Das ist keine Optimierung, was jetzt passiert, sondern es ist die Perpetuierung der Unruhe an den Schulen. Die Schulen haben ein Recht darauf, irgendwann so etwas wie Kontinuität und Ruhe in ihrer Arbeit zu haben. Das vermissen die teilweise sehr schmerzlich.

Was jetzt passiert, ist Folgendes: Innerhalb von zwei Monaten muss entschieden werden, ob es einen Umstieg gibt. Innerhalb von zwei Monaten soll die Beteiligung erfolgen. Der Schulträger soll das beantragen. Das Ganze läuft bis 2023/24. Das heißt, wir haben auf 14 Jahre Unruhe in den Schulen. Sie haben die Curricula, die dafür gemacht werden sollen, erst für April 2013 angekündigt. Außerdem – das ist auch den Eltern zu sagen –: Es ist keineswegs genau dasselbe G9 wie früher, denn die Stundenzahlen bleiben ja die alten.

(Britta Altenkamp [SPD]: Ja eben! – Sören Link [SPD]: Das haben wir doch die ganze Zeit gesagt!)

Das heißt, wir bekommen jetzt noch einmal ein ganz anderes System, das sich in den Schulen parallel entwickeln soll. Dann gilt in einem Ort eine andere Regelung als in einem anderen.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Genau! Systemwechsel!)

Meine Damen und Herren, ich habe den Eindruck, die Nervosität, die sich im Moment ausbreitet, hängt mit den Reaktionen aus den Schulen zusammen. Die sind für mich zu erwarten gewesen. Wie gesagt: Man kann zu G8 unterschiedliche Meinungen vertreten. Aber es geht nicht, nach fünf Jahren zu entscheiden: „Es ist eigentlich alles egal, ihr könnt das machen, wie ihr wollt, dann macht ihr das einfach parallel, dann kriegen wir das irgendwie hin“, und

damit aus einem bundesweiten Konsens auszubrechen.

Übrigens – Sie haben den Philologenverband aus Baden-Württemberg angesprochen –: Die Schulministerin von Baden-Württemberg hat sich sehr klar und deutlich geäußert, dass eine Rückkehr zu G9 überhaupt nicht infrage kommt. Das ist auch in anderen Ländern so.

Wir werden G8 weiter optimieren müssen. Das erwarte und verlange ich auch von dieser Schulministerin. Das geht aber nicht dadurch, dass man sagt: Wir lassen das jetzt einfach mal so laufen. Bei denjenigen, die das anders möchten, kann eine zufällig zusammengestellte Elternschaft anders entscheiden.

Meine Damen und Herren, das, was da jetzt vorliegt, das ist weder Kontinuität noch Verlässlichkeit. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Prof. Dr. Sternberg. – Als Nächste für die SPD Frau Hendricks.

**Renate Hendricks (SPD):** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Antrag zur Aktuellen Stunde heute Morgen macht sehr deutlich, dass das von Frau Löhrmann ausgesprochene Angebot zum Dialog und zum Schulfrieden von Ihnen nicht angenommen wird. Wir bedauern das ausgesprochen, weil wir uns mit Ihnen einen Konsens und auch ein Gespräch vorgestellt hatten.

Es kann aber nicht sein, dass es uns nicht möglich ist, Ihren Murks zu beseitigen, wenn Sie abgewählt worden sind. Denn Sie wurden nicht zuletzt wegen Ihrer Bildungspolitik abgewählt.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Lachen von der CDU – Zuruf von der FDP: Chaos!)

Sie haben insbesondere bei G8 und G9 einen Scherbenhaufen hinterlassen und vor allen Dingen völlig kulturunsensibel die Verkürzung der Sekundarstufe I vorgenommen, ohne mit den Kirchen, den Vereinen oder den Musikschulen überhaupt geregelt zu haben, wie Sie die Übergänge hinkommen.

Sie haben ein System auf den Kopf gestellt und in der Tat in diesem Land ein Chaos verursacht, was zu vehementen Protesten von Eltern geführt hat. Sie sagen heute, es liege daran, dass sich die Eltern noch nicht daran gewöhnt hätten. Aber es liegt doch daran, dass Sie es fehlerhaft umgesetzt haben, meine Damen und Herren. Halten sie doch mal inne, gehen in sich und gestehen Sie sich ein: Ja, wir haben Fehler gemacht.

Mit dem jetzigen Schulversuch wird von uns lediglich eine Option zum kommenden Schuljahr ermöglicht: Die Schulen, die es wollen, können eine Entscheidung treffen, die den Kindern, die in der fünften Klasse angemeldet werden, eine Wahlmöglichkeit bietet, und einen neuen Bildungsgang auf den Weg bringen.

Das, meine Damen und Herren, stimmt übrigens auch mit dem Thema der Selbstständigen Schule überein. Wir wollen mehr Verantwortung in die Schulen hinein geben. Wir wollen, dass die Schulen für den Lebenslauf und für die Biografie ihrer Schüler Verantwortung übernehmen. Warum haben Sie eigentlich Angst davor, dass die Schulen Verantwortung übernehmen?

(Zuruf von der CDU: Das haben wir nicht!)

Ich bin mir ganz sicher, dass die Schulleiter, die Lehrer und Lehrerinnen sowie übrigens auch die Eltern und die Schüler in den Schulkonferenzen in der Lage sind, diese Verantwortung zu übernehmen. Haben Sie ein bisschen mehr Vertrauen und winken Sie nicht immer mit Koop und mit Volksbegehren. Sie haben zurzeit überhaupt keinen Grund dafür, denn die Eltern stehen hinter uns.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN –  
Lachen von der CDU und von der FDP)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Frau Hendricks. – Für die Landesregierung spricht jetzt noch einmal Frau Ministerin Löhrmann.

**Sylvia Löhrmann,** Ministerin für Schule und Weiterbildung: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will zwei Sachen gern wiederholen, weil sie auch von den Vertretern der Opposition wiederholt falsch dargestellt werden.

Herr Sternberg, Sie haben ausgeführt, Rot-Grün hätte 2004 die Verkürzung der Schulzeit eingeführt.

(Ralf Witzel [FDP]: Beschlossen haben Sie es!)

Wir haben in einem Schulgesetz eine völlig andere Variante der Schulzeitverkürzung beschlossen. Ich bitte Sie, zu beachten, dass das nicht das Gleiche ist.

(Zurufe von der CDU)

Damit hätten wir viel Zeit gewonnen, die Jahrgänge darauf vorzubereiten, denn diese unsere Variante beinhaltet: Die Sekundarstufe bleibt gleich und ist damit sozusagen zu den anderen Schulformen kompatibel. Die Verkürzung findet in der Jahrgangsstufe 11 statt. Die Kinder, die etwas mehr Zeit gebraucht hätten, hätten Zeit gehabt, denn sie hätten weiterhin in neun Jahren das Abitur machen können.

(Ralf Witzel [FDP]: Langsame Lerner können das immer noch an der Gesamtschule!)

Denn uns kommt es darauf an, Kindern, die schneller zum Abi kommen, ein gutes Abi zu ermöglichen,

(Zuruf von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

gleichzeitig aber Kindern, die etwas mehr Zeit dafür brauchen, weil Kinder unterschiedlich sind,

(Ralf Witzel [FDP]: Gesamtschule!)

neun Jahre Zeit zu lassen. Das war das Modell von SPD und Grünen. Das zu verdeutlichen, ist mir wichtig.

Wenn Sie daran festgehalten hätten, wären Sie möglicherweise jetzt noch an der Regierung.

(Lachen von der CDU und von der FDP)

Sie haben es aber nicht getan, sondern Sie haben mit der Brechstange eine andere Reform umgesetzt. Für diesen Scherbenhaufen tragen Sie die Verantwortung. Das will ich noch einmal sehr deutlich sagen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Einen zweiten Punkt möchte ich an Herrn Laschet richten, der jetzt leider nicht mehr da ist.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Schon länger nicht mehr!)

Er hat mir vorgehalten, wir würden nichts tun. – Ich habe eben vorgetragen, dass wir genau zwei Dinge tun, um die missliche Situation zu optimieren.

Die erste und wichtigste Baustelle in diesem Zusammenhang ist die Optimierung des G8, damit es den Kindern und Jugendlichen in diesem System besser geht. Das betrachte ich als meinen Hauptauftrag. Dazu habe ich die Verbände eingeladen. Ich ziehe Herrn Prof. Bos zur Beratung hinzu, damit er bei den Eltern für den Gedanken wirbt: Was kann man noch tun, um Druck aus dem G8 herauszunehmen, damit die Akzeptanz für G8 wächst?

Sie müssten auch ein Interesse daran haben, dass die Akzeptanz für diesen verkürzten Bildungsgang wächst und wir nicht dauerhaft Eltern in Unmut und dauerhaft deshalb gestresste Kinder und Jugendliche haben. Das ist mein Hauptinteresse. Das habe ich eben bereits betont.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Nun noch einmal zum Schulversuch: Es gibt Eltern, die den neunjährigen Bildungsgang am Gymnasium wollen.

(Ralf Witzel [FDP]: Das sind aber wenige! – Weitere Zurufe von der FDP)

Diese Tatsache entzieht im Grunde dem Vorwurf den Boden, ich wollte den Gymnasien irgendetwas tun, wenn ich ihnen die von ihnen zum Teil gewünschte Möglichkeit einräume

(Ralf Witzel [FDP]: Wo ist denn das Erkenntnisinteresse dieses Schulversuchs?)

und sie in ihren Gremien unter möglichst breiter Beteiligung der Elternschaft diese Entscheidung für ihre Schule treffen. Wir betrachten es als demokratisch, diese Entscheidung dorthin zu verlagern, wo sie hingehört, nämlich in die Schulkonferenz.

(Ralf Witzel [FDP]: Wo ist das wissenschaftliche Erkenntnisinteresse?)

– Herr Witzel, ich will Ihnen gern noch einmal erklären, warum wir es als vernünftig erachten, das als Schulversuch zu machen. Es geht, wie zumindest Herr Sternberg erkannt hat, nämlich nicht darum, einfach zum alten G9 zurückzukehren. Das begründet den Schulversuch.

(Zuruf von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

Es geht um eine langjährige, fundierte Erprobung in einem kompletten Durchgang an einer begrenzten Zahl von Schulen.

(Zuruf von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

Angesichts des Schulversuchs geht um höchstens 10 % der Gymnasien. Ersatzschulen können sich an der Erprobung beteiligen, wenn ihr Träger dies beantragt. Ziel des Modellvorhabens ist es, zu erproben, ob es Unterschiede bezüglich des Lern- und Schulerfolgs von Schülerinnen und Schülern in einem G9-Bildungsgang im Vergleich zum G8-Bildungsgang am Gymnasium gibt und welche unterschiedlichen Wirkungen das auf die Eltern, die Schülerinnen und Schüler und die unterrichtenden Lehrkräfte in beiden Bildungsgängen hat. Das herauszufinden, ist es allemal wert.

Herr Bos, den Sie so gerne zitieren, hat auch gesagt: Wie Sie das G8 eingeführt haben, war es falsch. Es wäre besser gewesen, so einen massiven Umbau des Systems erst in einem Schulversuch zu erproben, bevor man das für alle Kinder unvorbereitet exekutiert, wie Sie es gemacht haben.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Auf den Erfahrungen des G8-Gymnasium aufbauend Kindern und Jugendlichen mehr Lernzeit und zugleich mehr Unterrichtsstunden für individuelle Förderung zuzubilligen, ist ein zweiter Punkt, der erprobt wird.

Liebe Frau Pieper-von Heiden, was hätten Sie mir denn vorgeworfen, wenn ich die fünf Stunden, die Sie zusätzlich bereitgestellt haben, den Gymnasien abgezogen hätte? Daraus hätten Sie genauso einen Vorwurf entwickelt und mir unterstellt, ich würde, um den Gymnasien zu schaden, ihnen diese Förderstunden wieder abziehen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Widerspruch von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

Wir wollen die Förderstunden im System lassen, um herauszufinden, wie sich zusätzliche Lernzeit auf den Lernerfolg von Kindern und Jugendlichen auswirkt. Damit können Lehrerinnen und Lehrer an Gymnasien mehr Zeit für die Schülerinnen und Schüler aufwenden, um sie auf den Umgang mit Heterogenität, die auch an den Gymnasien Platz greift, vorzubereiten.

Sollte sich, meine Damen und Herren, im Verlauf des Anmeldeverfahrens zum Schulversuch zeigen, dass sich mehr als 10 % der Gymnasien in Richtung G 8/G 9 verändern wollen, ist es natürlich aus Sicht der Landesregierung erforderlich, das Thema grundsätzlich im Landtag zu behandeln, weil dies die Dimension eines Schulversuchs sprengen würde. Es geht nämlich ausdrücklich nicht darum, am Parlament vorbei Fakten zu schaffen, die über die Dimension eines Schulversuchs hinausgehen würden. Wenn sich dann aber mehr als 10 % der Gymnasien melden und zurück möchten, müssen Sie daran mitwirken, dass wir dafür die Voraussetzungen in diesem Parlament schaffen, weil das dann erneut eine Abstimmung der Eltern über Ihre verfehlte Schulpolitik ist. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Frau Ministerin Löhrmann. – Weitere Wortmeldungen liegen im Rahmen der Aktuellen Stunde nicht vor. Hiermit **schließe** ich die **Aktuelle Stunde**.

Ich rufe auf:

## 2 Keine außerparlamentarische Schulpolitik

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/214

Entschließungsantrag  
der Fraktion DIE LINKE  
Drucksache 15/248 – Neudruck

In Verbindung mit:

### **Kein Einstieg in die Einheitsschule – Für Schulvielfalt in Nordrhein-Westfalen**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 15/220

Ich eröffne die Beratung. – Für die antragstellende Fraktion der CDU hat Herr Kollege Klaus Kaiser das Wort.

**Klaus Kaiser (CDU):** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Es ist schon ein großes Ärgernis, dass die rot-grüne Minderheitsregierung plant,